

# Marzahn- Hellersdorf *links*

29. Jahrgang / November 2019

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

## DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf stellt Weichen für die Zukunft

Am 3. November 2019 trat DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf zu ihrer 1. Tagung der 7. Hauptversammlung zusammen. Kristian Ronneburg eröffnete als amtierender Vorsitzender die Tagung mit einer Rede, in der er die Arbeit des Bezirksvorstandes in den vergangenen zwei Jahren bilanzierte und einen Ausblick auf die kommenden Aufgaben gab. Er betonte, dass sich DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf im nächsten Jahr inhaltlich und personell auf die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung, zum Abgeordnetenhaus und zum Bundestag im Herbst 2021 vorbereiten muss. Ziel ist es, in allen Stadtteilen des Bezirks ab dem nächsten Jahr mit den Bürgerinnen und Bürgern Bausteine für das Bezirkswahlprogramm zu entwickeln, das 2021 Grundlage des kommunalen Wahlkampfs werden soll. Auch personell sollen früh Weichen für Kandidaturen für die Bezirksverordnetenversammlung, das Bezirksamt und die Abgeordnetenhaus-Wahlkreise gestellt werden.

Nach Redebeiträgen unserer Landesvorsitzenden Katina Schubert und unserer Bundestagsabgeordneten Petra Pau trat die Hauptversammlung in die Antragsdebatte ein. Zunächst diskutierte die Hauptversammlung einen Antrag, der forderte, dass die Bezirkssatzung geändert wird, sodass künftig Marzahn-Hellersdorfer Delegierte zu Bundes- und Landesparteitagen sowie zu Vertreterversammlungen mehrheitlich keine

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Europa-, der Bundes-, der Landes- bzw. der Kommunalebene bzw. von diesen oder der Partei wirtschaftlich abhängig sein dürfen. Ein Änderungsantrag schlug als Alternative vor, dass der Anteil bei maximal 70 Prozent liegen solle. Die Einreicher\*innen des Ursprungsantrags blieben dabei, dass der Anteil maximal 50 Prozent betragen solle. Beide Anträge wurden letztlich abgelehnt, da sie jeweils nicht die für Satzungsänderungen notwendige Mehrheit von 2/3 der Delegierten-Stimmen erhielten.

Nach der Entlastung des Bezirksvorstandes dankte der Bezirksvorsitzende allen bisherigen Mitgliedern des Bezirksvorstandes für ihre engagierte Arbeit. Besonderer Dank gebührte Sabine Schwarz, die dem Vorstand 22 Jahre lang ununterbrochen angehörte, sowie Klaus-Jürgen Dahler, der ebenso viele Jahre die Arbeit des Bezirksvorstandes prägte. Alle Kandidierenden für den Bezirksvorstand wurden am Ende auch gewählt. Weiterhin fanden die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundestag (Wahlperiode 2020/2021), der Bezirksfinanzrevisionskommission und der Bezirksvertreter\*innen für den Landesaus-

### Der neu gewählte Bezirksvorstand:

Kristian Ronneburg, Vorsitzender; Marina Richter-Kastschajewa, stellv. Vorsitzende (beide unten rechts); weitere Mitglieder: Elton, Uwe Wollmerstädt, Karin Müller, Ursula Petzsch, Sebastian Lehmann, Norbert Seichter, Laurenz Terl (Reihe hinten v.l.n.r.), Philipp Müller, Yvonne Rychlikowski (vordere Reihe links) Juliane Witt (nicht im Bild).

### Gewählt wurden auf der 1. Tagung der 7. Hauptversammlung außerdem:

#### Bezirksfinanzrevisionskommission:

Matthias Schepler, Hans-Peter Schneider

#### Mitglieder Landesausschuss:

Kristian Ronneburg, Regina Kittler, Yvonne Rychlikowski

#### Ersatzmitglieder Landesausschuss:

Erika Maier, Manuela Schmidt

#### Delegierte Bundestag 2020 – 2021:

Fritz Gläser, Regina Kittler, Philipp Müller, Olaf Michael Ostertag, Petra Pau, Yvonne Rychlikowski, Ines Petra Scheibe, Bjoern Tielebein

#### Ersatzdelegierte Bundestag 2020 - 2021:

Stefan Bitzhöfer, Elton, Max Kemnitz, Kristian Ronneburg, Andreas Scheibner, Manuela Schmidt, Heike Thier.

Die Wahlen weiterer weiblicher Mitglieder des Bezirksvorstandes und der Bezirksfinanzrevisionskommission werden auf der nächsten Tagung der Hauptversammlung erfolgen. **MHI**



FOTO: R. KITTLER

Ein weiterer Antrag forderte die Hauptversammlung auf, sich dafür einzusetzen, dass DIE LINKE in Berlin eine Inklusionsbeauftragte benennt, die eine beratende Stimme im Landesvorstand erhalten soll. Mit der Änderung, dass dies in Abstimmung mit der Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik erfolgen soll, wurde der Antrag angenommen.

Außerdem angenommen wurde der Antrag, dass wir uns als Marzahn-Hellersdorfer LINKE auf dem Landesparteitag dafür einsetzen sollen, dass alle Intercity- und IntercityExpress-Strecken in Berlin und Brandenburg mit VBB-Tickets genutzt werden können. Ebenso angenommen wurde der Antrag, dass wir uns dafür einsetzen sollen, dass der Bus X69 eine neue Linienführung bekommt mit Start am S-Bahnhof Ahrensfelde, über Köthener Straße, Blumberger Damm, Köpenick zum neuen Flughafen BER.

### Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

**Seite 2:** Aus den Siedlungsgebieten: Kolloquium zu Ehren Dr. Heinrich Niemanns / Im Osten geht immer noch die Sonne auf / Wohnungspolitik

**Seite 3:** Petra Pau: Bedrohlicher Rechtsextremismus / Aus dem Bezirksvorstand / Mieten gedeckelt?

**Seite I / Seite II:** BVV-Linksfraktion aktuell:

- Bericht zur BVV im Oktober
- Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
- Grünflächen erhalten!
- Keine Heranführung an Glücksspiele!

**Seite 4:** Dr. Manuela Schmidt: Links wirkt! / Ein Hund soll für Arme steuerfrei werden / Spendenauftrag 2019

**Seite 5:** Zur Person: Yvonne Rychlikowski / Auf dem Roten Sofa: Katja Oskamp

**Seite 6:** Tipps und Termine / Hinten links: Erinnerungen vor der Wende

„Der Radikalismus hasst die Zeit, der Kompromiss hasst die Ewigkeit, der Radikalismus hasst die Geduld, der Kompromiss hasst die Entscheidung, der Radikalismus hasst die Klugheit, der Kompromiss hasst die Einfalt. Der Radikalismus hasst das Maß, der Kompromiss hasst das Unermessliche“

DIETRICH BONHOEFFER

## Aus den Siedlungsgebieten: Schloss Biesdorf: Festliches Kolloquium für Dr. Heinrich Niemann

Am Samstag, dem 19. Oktober 2019, wurde unter Verantwortung des Vereins „Freunde Schloss Biesdorf“ das Wirken unseres Genossen Heiner Niemann gewürdigt. Anlässlich seines 75. Geburtstages fand ein Kolloquium statt. Er wurde am 12. Oktober 1944 in Zittau geboren und prägte in seinen verschiedenen politischen und ehrenamtlichen Funktionen unseren Bezirk. Als 1992 nach einem deutlichen Wahlerfolg der PDS in Hellersdorf Stadtratskandidat\*innen gesucht wurden, erklärte sich Heiner bereit, mit uns gemeinsam als linker Politiker für soziale Gerechtigkeit aus dem Amt heraus zu kämpfen. Heiner war als Facharzt für Sozialmedizin in der DDR für die Planung und Organisation von Strukturen im Gesundheitswesen zuständig und konnte diese Erfahrungen als Bezirksstadtrat für Gesundheit einbringen. Ihm ist es maßgeblich zu verdanken, dass das heutige „Vivantes Klinikum Hellersdorf“ als städtisches Krankenhaus mit seiner Rettungsstelle erhalten blieb. Er wurde auch in den drei nachfolgenden Wahlperioden der Bezirke Hellersdorf und Marzahn-Hellersdorf zum Bezirksstadtrat gewählt. Seit 1995 bekleidete er die Funktion eines Bezirksstadtrates für ökologische Stadtentwicklung. Hier hat er sich insbesondere für die Zukunft der beiden Großsiedlungen Hellersdorf und Marzahn engagiert. Im Jahr 1995 trat auf Initiative von Heiner der Bezirk dem bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ bei. Heiner Niemann hat sich neben der „Lokalen Agenda 21“ auch immer für den Frieden in der Welt eingesetzt. Als Mitglied der deutschen Sektion der Organisation IPPNW – Internationale

Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges - setzte er sich für die Abrüstung atomarer Waffen ein. Auch nach seiner Tätigkeit als Bezirksstadtrat und Bezirksverordneter bleibt er im „Unruhestand“. So wurde er 1994 Vorsitzender des sozialen freien Trägers „pad“ e.V. und setzte sich hier vor allem für die Sucht- und Gewaltprävention ein. Im Jahre 2007 wurde Heiner Vorsitzender der „Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf“ e.V. aus dem der jetzige Verein der „Freunde Schloss Biesdorf“ hervorging. Dieser Verein hat einen wesentlichen Anteil an der denkmalgerechten Sanierung der Außenfassade, den architektonischen Untersuchungen, dem Wiederaufbau des Obergeschosses und des künftigen Schlosses. Mit Vorträgen, Publikationen, Führungen und anderen Veranstaltungen vermittelt der Verein die Geschichte und die Bedeutung des Denkmalensembles. Die Vision des Vereins wurde zur Realität. Heiner Niemann suchte und fand Verbündete mit dem notwendigen politischen Willen und Akteure aus Kunst und Kultur. Dabei sind viele Bürgerinnen, Persönlichkeiten und Vereine wie BALL e.V. und der Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis zu Partnern des Vereins geworden. Unser Genosse Heiner Niemann war und ist ein streitbarer Sozialist. Seine große Kunst besteht immer noch darin, mit anderen Menschen in der Gesellschaft den Dialog zu führen und sie für seine Ideen und Vorstellungen zu gewinnen. Herzlichen Glückwunsch, Gesundheit und weiter viele Erfolge, lieber Heiner!

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter

## Im Osten geht immer noch die Sonne auf

Nicht erst, seitdem der Klimawandel in aller Munde ist, ist bekannt, dass auf Dauer die Energieversorgung auf die Nutzung sogenannter alternativer, besser regenerativer, Energien umgestellt werden muss, da fossile Brennstoffe immer weniger und perspektivisch immer teurer zur Verfügung stehen, hinzu kommen die Gefahren kriegerischer Auseinandersetzungen um Lager- bzw. Förderstätten. „Kein Krieg für Öl“ - war einmal eine wohl noch heute gültige Losung. Inzwischen ist klar: Eine wirksame Begrenzung des Kohlendioxid ausstoßes bis hin zur Klimaneutralität und die Begrenzung der Erderwärmung erfordern die Umstellung auf regenerative Energien innerhalb der nächsten 20 Jahre, besser noch früher. Und im Bereich der Großstadt bietet sich da die auch kleinräumig und individuell installierbare und nutzbare Solarenergie an. Dazu gibt es auch drei Beispiele in „unseren“ Großsiedlungen, die „Schule“ machen sollten.

Zum einen das 25-stöckige Doppelhochhaus am Helene-Weigel-Platz 6/7, 1985 fertiggestellt, wurde es schon zwischen 1994 und 1999 einer grundlegenden Renovierung unterzogen. Dabei wurde 1998 an der gesamten Südfassade der Nr. 7 eine 426 m<sup>2</sup> umfassende Photovoltaikanlage installiert, womit jährlich 25000 kWh Solarstrom erzeugt

werden, das war seinerzeit die größte Anlage dieser Art in ganz Europa. Ein weiterer Superlativ dieser Art wurde 2014 in Hellersdorf montiert, auf 50 Wohnhäuser der „Stadt und Land“ im „Gelben Viertel“ verteilt, entstanden auf dortigen Dächern insgesamt etwa 8000 Solar-Elemente, zunächst 1000 Mieter konnten über „Lichtblick“ einen günstigen Tarif nutzen. Das jüngste Beispiel entsteht gegenwärtig in Kaulsdorf-Nord als Projekt von Berlinovo und dem Berliner „Stadtwerk“. Auch dies wird wieder mal das größte Mietersolarprojekt Deutschlands werden, mit 39 Solaranlagen auf einhundert Wohngebäuden und 27.000 Quadratmetern Modulfläche und einer Gesamtleistung von 3,4 Megawatt. Aber auch unser Bezirksamt gehört inzwischen zu den Vorreitern in Berlin. Auf insgesamt sieben Schulgebäuden sowie auf dem ehemaligen Haus der Gesundheit wurden bzw. werden solche Anlagen installiert. Auch dies geschieht in Kooperation mit dem „Stadtwerk“. Weitere werden folgen, auf dem Wege der Energiewende, dafür werden wir uns einsetzen.

FRANK BEIERSDORFF  
Umweltpolitischer Sprecher  
Vorsitzender AS Liegenschaften,  
Facility-Management und Bauen

## Aktuelle Wohnungspolitik der LINKEN im Land Berlin

Unter diesem Motto trafen sich am 14. Oktober 20 Genossinnen und Genossen auf der zweiten gemeinsamen Mitgliederversammlung des Wahlkreises 1 in diesem Jahr. Im Tschechow-Theater begrüßten sie als Gäste Andrej Holm und Michail Nelken (MdA), die Gewichtiges zum Thema beitragen sollten. Zur Einführung zeigte Michail Nelken die drei Einflussmöglichkeiten für eine linke Wohnungspolitik im Rahmen der Regierungskoalition im Land Berlin auf. An erster Stelle nannte er die Wohnungsgesellschaften im Landeseigentum. Diese verfügen zurzeit über etwa 15 % aller Wohnungen in Berlin. Weitere ca.



Andrej Holm (l.) Michail Nelken (r.), die beiden Referenten, und Fritz Gläser als Moderator.

Foto: U. Wollmerstädt

10 % sind im Eigentum von Genossenschaften und 75 % entfallen auf private Eigentümer, wobei wir hier teilweise sehr große Konzerne (> 100.000 Wohnungen), eine sehr große Anzahl von kleineren Eigentümern mit wenigen Wohnungen und viele Firmen dazwischen vorfinden. Die landeseigenen Gesellschaften unterliegen einer doppelten Führung seitens des Senats; einerseits durch die Senatsverwaltung für Finanzen und andererseits durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Verwiesen werden kann hier auf die Kooperationsvereinbarungen, die im April 2017 mit sechs landeseigenen Wohnungsgesellschaften abgeschlossen wurden. Zu beachten ist auch, dass alle Wohnungsgesellschaften des Landes Berlin eigenständige wirtschaftliche Firmen darstellen, die sich nach den einschlägigen rechtlichen Regelungen der BRD am Markt bewegen müssen. Die Gemeinnützigkeit existiert für die Wohnungsgesellschaften seit dem 31.12.1989 nicht mehr. Die zweite Einflussmöglichkeit besteht in der gezielten finanziellen Förderung wünschenswerter Elemente beim Wohnungsbau. Die dritte Säule schließlich umfasst das Planungs- und Ordnungsrecht. Andrej Holm ging anschließend näher auf die zwei Strategien unserer Wohnungspolitik ein, d.h. auf die Regulierung und die Vergesellschaftung. In der Diskussion wurde dann vor allem auf den bisherigen Verlauf der Debatte um einen Mietendeckel eingegangen, der nicht nur einen Mietestopp, sondern auch eine Mietensenkung ermöglichen soll. Beim Letzteren gibt es umfangreiche juristische Hindernisse, die sorgfältig beachtet werden müssen. Die Regierungskoalition ist gut beraten, beide Aspekte voranzubringen, um vor allem den sozial Schwachen eine Verbesserung ihrer Lage zu ermöglichen. Mit zahlreichen neuen Informationen und Argumentationen versorgt gingen alle Beteiligten aus dieser Versammlung nach Hause.

UWE WOLLMERSTÄDT  
Koordinator WK 1

## Petra Pau (MdB): Bedrohlicher Rechtsextremismus

**N**ein, Stephan Balliet, der rechtsextreme Mörder von Halle/Saale, ist kein Einzelfaller. Und sein versuchter antisemitischer Anschlag auf eine Synagoge war kein Einzelfall. Rechtsextreme, rassistische und nationalistische Attentate gibt es EU-weit, immer wieder und immer häufiger. Und entsprechende Positionen sind auch hierzulande längst in der Mitte der Gesellschaft präsent, befeuert durch eine AfD, die Hass salonfähig macht.

Gewalttaten ein Ausmaß angenommen, wonach die Demokratie grundsätzlich bedroht wird, Menschen ohnehin. Wenige Zahlen sollen das verdeutlichen. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres, also von Januar bis August 2019, wurden 542 gewalttätige Angriffe registriert, täglich mehr als zwei. Die entsprechend motivierten Straftaten summierten sich sogar auf 12.493. Das sind mehr als zwei je Stunde. Genug der Zahlen. Eine Statistik spiegelt ohnehin nicht die Gefühle und Leiden

mer Gewalt. Dabei ist der Mord jüngst am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) noch gar nicht mitgezählt. Aber auch hier stapeln die offiziellen Zahlen tief. Das Bundesinnenministerium spricht im selben Zeitraum von „lediglich“ 85 Getöteten, weniger als die Hälfte. So, als hätte es das NSU-Nazi-Morddesaster mit seinem tödlichen Staatsversagen nicht gegeben.

Umso mehr habe ich das Vorhaben der Berliner LINKEN unterstützt. Der Landesvorstand hatte zum 2. November 2019 zu einer Fachtagung eingeladen: „Strategien gegen Rechts - Dem Rassismus auf der Straße, im Betrieb und im Parlament entgegenzutreten“.



Auf der Demonstration am 13. Oktober mit dabei: Petra Pau (Bildmitte)

Foto: A. Hildebrandt

Angriffe auf Jüdinnen und Juden, verbal und körperlich, nehmen seit Längerem zu. Das belegt die Statistik, und ich frage die Bundesregierung Quartal für Quartal, welche Erkenntnisse sie dazu hat. Nachzulesen auf meiner Webseite [www.petrapau.de](http://www.petrapau.de). Überhaupt haben rechtsextreme Straf- und

der Betroffenen. Hinzu kommt: Viele, die öffentlich dagegen auftreten, erhalten Hassmails und Morddrohungen - Politiker, Künstler, Journalisten und andere mehr.

Seit der Vereinigung 1990 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 196 Todesopfer rechtsextre-

### Mieten gedeckelt?

**D**ie IG BAU sowie der DGB-KV Ost und der Runde Tisch gegen Armut und Ausgrenzung führten am 16. Oktober in der Evangelischen Kirche Marzahn-Nord das MIETERFORUM Marzahn-Hellersdorf 2019 durch. Diesjähriges Thema brandaktuell: „Der Berliner Mietendeckel - was soll, was könnte er?“ Seit Bekanntwerden dieses Berliner RRG-Vorstoßes wird in Öffentlichkeit und Medien heiß und kontrovers diskutiert. Stoff dazu überall - zuletzt in Senator Klaus Lederers am 03.10.19 in der Berliner Zeitung veröffentlichten Argumentation. Am 17.10. tagten die Fraktionsausschüsse, am 22.10. diskutierte der Senat. Nun sind die Gremien der Bürgermeister und die AH-Fraktionen weiter am Zuge. Der „Mietendeckel“ wäre öffentliches Recht, das jeden angeht. Wie im Regelfall so auch bei diesem in Erarbeitung befindlichen Gesetz, die Masse der Deutschen sieht darin eine gut bezahlte Arbeitsaufgabe für die Politiker und Verwaltungen („die müssen das für mich machen“), eine die Demokratie schwächende Einstellung.

Rechnet man die Referentin, Gaby Gottwald (MdB; Die LINKE; Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen), ihren Mitarbeiter, den Vorsitzenden des GKR und mich als Fachkundigen und Moderator ab, waren gerade einmal sieben Interessierte - allesamt aktive Gewerkschafter\*innen - erschienen. Von Anwohnern, Vertretern der Wohnungswirtschaft oder der lokalen Politik keine Spur. Die kleine Runde führte mit Gaby Gottwald ein intensives Fachgespräch, das die Hoffnung und Erwartung der Anwesenden deutlich machte, dieses Gesetz möge nicht nur für Berlin, sondern für Deutschland wegweisend werden, Spekulationen mit Boden und Wohnraum entgegenzuwirken. Noch sind eine Reihe offener Fragen zu klären, sowohl rechtlicher als verfahrenstechnischer Art. Letztlich braucht es personelle Kapazität, ohne die sich das Gesetz nicht um- und durchsetzen lassen wird. Eine Einbindung in das Rechtssystem hat derart zu erfolgen, dass die Schnittstellen zum Zivil- und zum Wirtschaftsrecht gut funktionieren. Vor allem darf der „Mietendeckel“ nichts beinhalten, was das Gesetz auf dem Rechtswege gleich wieder zu Fall brächte. Die private Immobilienwirtschaft wird so oder so alle verfügbaren Rechtsmittel einlegen.

BERND-R. LEHMANN  
IG BAU, DGB-KV Ost

### Aus dem Bezirksvorstand: Abschlusszusammenkunft

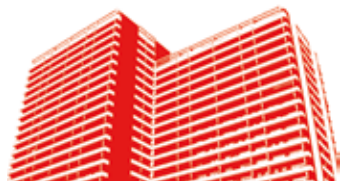
**A**m 15. Oktober kam der Bezirksvorstand zu seiner letzten Sitzung vor der planmäßigen Neuwahl auf der bevorstehenden Hauptversammlung zusammen. Zunächst diskutierten wir aktuelle politische Fragen. Als erstes informierte uns Marina Richter-Kastschajewa aus der jüngsten Sitzung der BVV-Fraktion. In der Fraktion gab es eine Verständigung zur Verbesserung der Arbeitsweise, die u.a. mittels Wiederbelebung von diversen Arbeitsgruppen und der Einbindung von externem Sachverstand erreicht werden soll. Am 25. November wird eine Fraktionsvorstandswahl stattfinden. Julia Witt und Kristian Ronneburg berichteten über die Räumung des Bahngeländes nahe der Alten Börse am 14. Oktober von neun Besetzern durch einen massiven Polizeieinsatz. Hinterfragt wurde von uns die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes.

Björn informierte uns über die Aktivitäten des Landesvorstandes zur Erarbeitung eines möglichen Antrages an den Landesparteitag zum Neutralitätsgesetz. Ein erster Entwurf wurde im Landesvorstand zur Diskussion gestellt. Dabei kamen hier drei Sichtweisen zur Sprache: 1.) Antidiskriminierung, 2.) Laizismus und 3.) Stärkere Berücksichtigung der Situation in Bildungseinrichtungen. Seitens der Landesvorsitzenden Katina Schubert wurde der Anspruch formuliert,

einen Antrag zu erarbeiten, der die Chance hat, eine breite Mehrheit hinter sich zu vereinen. Die Diskussion in unserer Runde war sich einig, dass Religion eine Privatangelegenheit bleiben sollte und es nicht im Interesse einer neutralen Kindererziehung sein kann, dass religiös besetzte Zeichen präsentiert werden. Dabei spielt das subjektive Empfinden der Nutzer/Träger dieser Zeichen über eine „Nichtreligiosität“ keine Rolle. Auch der in der Vergangenheit in diesem Zusammenhang genutzte Vorwurf eines Rassismus geht völlig am weltanschaulichen Inhalt der Diskussion vorbei. Ob zum jetzigen Zeitpunkt eine Diskussion über die Veränderung des Berliner Neutralitätsgesetzes grundsätzlich angebracht ist, wird ebenfalls vom Bezirksvorstand stark angezweifelt.

Im nächsten Punkt beschäftigten wir uns ausführlich mit der detaillierten organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der kommenden Hauptversammlung. Die vorliegenden Anträge für die Landesebene wurden besprochen und zur Kenntnis genommen. Im Punkt Verschiedenes wurde darüber informiert, dass aus Lichtenberg eine Anfrage zur gemeinsamen Vorbereitung des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus vorliegt. Das ist eine Aufgabe für den neuen Bezirksvorstand.

UWE WOLLMERSTÄDT



Bericht zur Bezirksverordnetenversammlung am 24. Oktober 2019

## Mietendeckel, Marchwizastraße und Mahlsdorfer Feuerwehr

### Antisemitismus und Rassismus überall bekämpfen

Der antisemitische und rassistische Anschlag in Halle erschütterte uns alle. Der stellvertretende Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung und unser haushaltspolitischer Sprecher, Klaus-Jürgen Dahler, äußerte sich dazu in seiner persönlichen Erklärung gleich am Anfang der Sitzung und verwies auf die jüngsten rassistischen Übergriffe auch in Marzahn-Hellersdorf. Ob Halle, Marzahn oder sonst irgendwo - als LINKE werden wir nicht müde, gegen die geistigen und ganz realen rechtspopulistischen Brandstifter anzukämpfen.

### Marchwizastraße 29-31

Nach diesen Worten widmeten wir uns den aktuellen bezirkspolitischen Themen. Unsere Priorität in diesem Monat war das Bauvorhaben an der Marchwizastraße 29-31 ganz in der Nähe vom S-Bahnhof Springpfuhl. Unser Fraktionschef Bjoern Tielebein wies auf die Herausforderung vor Ort hin und fragte, wie eine vernünftige Nahversorgung in diesem kleinen, dicht gewachsenen Zentrum auch in der Neubauphase gewährleistet werden kann.

Dagmar Pohle, unsere Bezirksbürgermeisterin, informierte zu den Gegebenheiten vor Ort: Der neue Eigentümer beabsichtige, den REWE-Markt und die nördlich davon gelegenen Einzelhandelsflächen - da, wo übrigens früher die Klubgaststätte Biesdorfer Kreuz stand - abzureißen. Vorgesehen sind drei elfgeschossige Häuser mit 230 Wohneinheiten und einem ausgewogenen Mix aus Ein-, Zwei-, Drei- und Vierraumwohnungen sowie Gewerbeflächen, eine Tiefgarage mit 93 Parkplätzen sowie oberirdisch 43 Stellplätze. Geplant ist außerdem eine Kita. Die bisher ansässige Arztpraxis ist bereits ausgezogen, aber in fußläufiger Entfernung eröffnet demnächst eine neue Praxis. Der Apotheke wird eine neue Fläche angeboten. Pohle wies darauf hin, dass die Baugenehmigung noch nicht erteilt wurde. Zu dem Bauvorhaben vor Ort wird am 8. November eine Informationsveranstaltung von 18 bis 20 Uhr im Bürgerhaus Südspitze stattfinden. Dort kommen alle Beteiligten gemeinsam ins Gespräch, Dagmar Pohle wird auch dabei sein.

### Feuerwehr in Mahlsdorf

Der Putz bröckelt von den Wänden, die Fahrzeuge sind zu klein und die Feuerwehrmänner müssen sich in den Gängen umziehen - so kann es nicht weitergehen mit der Mahlsdorfer Feuerwehr. Eine neue Feuerwache muss her, da sind sich alle Fraktionen einig. Doch wo soll es hingehen? Da scheiden sich bisher noch die Geister. In den Medien und nun auch in der BVV - insbesondere von der CDU und der SPD - wurde Kritik an dem bisher bekanntgegebenen Standort Alt-Mahlsdorf 104 und der (angeblichen) Präferenz des Bezirksamts für jenen Standort geäußert. Dagmar Pohle stellte klar, dass das

Bezirksamt gar keine Präferenz hatte, sondern im Vorfeld drei Grundstücke benannt wurden, die dann von der strategischen Bauplanung der Feuerwehr ausgewertet wurden. Deren Wahl fiel dann auf das Grundstück Alt-Mahlsdorf 104 mit Option auf Grundstück 103. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Mahlsdorf haben allerdings eine andere Präferenz, nämlich einen Standort in der Straße An der Schule. Das Bezirksamt sei, so Pohle, aber gar nicht der Entscheidungsträger bei der Sache. Um allen Argumenten und Akteuren Raum zur Entscheidungsfindung zu geben, wird es im November ein gemeinsames Gespräch geben, um die unterschiedlichen Haltungen von Feuerwehr im Land und im Bezirk zu diskutieren. Und dann kann die Senatsinnenverwaltung auch eine finale Entscheidung treffen.

### Mietendeckel

Ein Gespenst geht um in Berlin... Die einen haben Angst vor sozialistischen Zuständen, die anderen fürchten um ihre Eigentumswohnungen. Das muss wohl dieser Mietendeckel sein, der gerade die Berliner Opposition zittern lässt! Auch in Marzahn-Hellersdorf beschäftigt uns dieser Erfolg von Rot-Rot-Grün mit starker LINKER Handschrift. Dagmar Pohle informierte über den Gesetzesentwurf zum Mietendeckel, der gerade im Senat beschlossen wurde und stufenweise in Kraft treten soll.

## Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Marzahn-Hellersdorf verbessern

Am 14. November 2019 findet die 2. Beratung des Bezirklichen Lenkungsremiums zur Entwicklung eines Aktions- und Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf statt. Das Gremium beschloss in seiner ersten Sitzung im August für seine Arbeit eine Geschäftsordnung und verständigte sich über erste Arbeitsschritte.

Mitglieder sind Fachpolitiker\*innen der BVV-Fraktionen, Fachleute aus dem Amt und Vertreter\*innen von Vereinen und Einrichtungen, Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

Damit wurde auf den Offenen Brief der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen im Land Berlin und in den 12 Bezirken vom November 2018 zur strukturellen Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in Berlin reagiert.

In dem Brief wird festgestellt, dass die Leitidee der Politik des Senats für eine inklusive Gesellschaft, wie in der Koalitionsvereinbarung und den Richtlinien der Regierungspolitik vereinbart, nur sehr zögerlich mit konkreten politischen Beschlüssen angegangen wird.

Mit der Etablierung dieses Fachremiums folgte das Bezirksamt einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf vom 21. Fe-

Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 21. November 2019, 17 Uhr, im Freizeitforum in der Marzahner Promenade statt.

Wer ist eigentlich verantwortlich für die Umsetzung des Gesetzes? Laut Pohle wird die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Überprüfungen vornehmen. In Marzahn-Hellersdorf werden voraussichtlich vier Stellen geschaffen, die dann auf Bezirksebene z.B. für Ordnungswidrigkeiten zuständig sind.

### Beschlossene Drucksachen:

- Wasser für den Bäckerpfuhl
- Für die Einrichtung von mobilen Bürgerämtern
- Absolutes Halteverbot an der Kreuzung Cecilienstraße/Tollensestraße
- Sammel-Bebauungsplan zur Sicherung von Kleingärten
- Für einen 30-Minuten-Takt auf der Linie RB 25
- Schaffung von Schattenplätzen an Spielplätzen
- Erinnerung an die verstorbenen Kosmonauten und Ehrenbürger Berlins Walerie F. Bykowski und Sigmund Jähn - Ergänzungsschilder für die Allee der Kosmonauten
- Erarbeitung eines Berichts über notwendige Maßnahmen zur Umsetzung des BVV-Beschlusses „Bezirkseigene Immobilien statt Mietobjekte“

MAGDA ALBRECHT

bruar 2019.

An diesem Tag wurde mit dem Beschluss der Drucksache 1305/VIII - Antragsteller waren DIE LINKE und die SPD - das Bezirksamt beauftragt, einen Aktions- und Maßnahmenplan zu erarbeiten, um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und dazu ein fachkompetentes Lenkungsremium einzusetzen.

Wir wollen hier in Marzahn-Hellersdorf in dem Steuerungsgremium messbare, realistische konkrete Maßnahmen und Zeitvorgaben festlegen, um weitere Barrieren abzubauen, Defizite zu verringern. Das geschieht mit dem Ziel, der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen ein Stück näher zu kommen und in diesem Fall vor allem die dafür notwendigen Voraussetzungen für Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

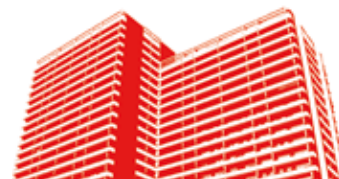
SABINE SCHWARZ

Sprecherin für Behindertenpolitik und Inklusion

### Ticktack

Zeit ist Jetzt  
Moment  
und Ewigkeit

JANINA NIEMANN-RICH



## Grünflächen im Kiez erhalten

### Innenhofbebauung verantwortungsvoll gestalten

Der Erhalt und Ausbau der geschützten Grünanlagen in den Marzahn-Hellersdorfer Kiezen ist ein grundsätzliches Anliegen LINKER Stadtentwicklungspolitik. Besonders bei dem seit einigen Jahren intensivierten Wohnungsbau im Bezirk muss dies Berücksichtigung finden. Eine besondere Rolle nimmt dabei ein verantwortungsvoller Umgang mit der Bebauung von Innenhöfen ein.



Foto: Lageskizze Bebauungsplan Luzinstraße 11, 13

Die sogenannten Blockinnenbereiche, auf denen früher z.B. Kindergärten standen, sind oftmals ausgewiesene Bauflächen. Im Rahmen der „Clusterung“ (Bündelung) von bezirklichen Grundstücken fand eine Abfrage an alle Fachbereiche des Bezirksamtes statt, welche Areale als Vorhalteflächen für die soziale Infrastruktur oder als Grünanlagen gebraucht werden würden. Die Flächen, die keiner weiteren Nutzung zugeführt werden konnten, mussten an die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) zur weiteren Vermarktung abgegeben werden. Auf diesen Flächen sollen Wohnungen landeseigener Gesellschaften entstehen. Daher hat das Bezirksamt seit Beginn dieser Wahlperiode damit begonnen, für diese Innenhöfe Bebauungsplanverfahren einzuleiten, um eine massive Bebauung nach § 34 Baugesetzbuch zu verhindern und den Bürgerinnen und Bürgern Einflussmöglichkeiten auf die Bebauung zu verschaffen. Für insgesamt sechs Flächen ist die Ein-

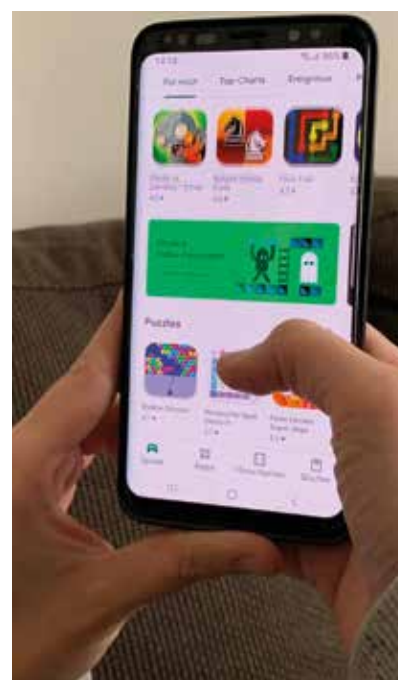
leitung eines Bebauungsplanverfahrens geplant oder hat bereits begonnen. Entsprechende Beteiligungsverfahren laufen bereits seit August 2018. Zu Unmut bei Bürger\*innen hat immer wieder geführt, dass hierbei der grundsätzliche Verzicht auf eine Bebauung oder der Ausschluss von Wohnbebauung keine mögliche Option war. Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich mit dieser Situation mehrfach befasst. Erst im September 2019 hat die BVV nochmals ihre Position mit einem Beschluss bekräftigt, dass auch der vollständige Erhalt grüner Innenhöfe möglich sein muss. Die Linksfraktion hat nunmehr einen Antrag an die Bezirksverordnetenversammlung gestellt, in dem konkret für drei der betroffenen Innenhöfe eine Änderung der Bebauungspläne gefordert wird. Es handelt sich um die Innenhöfe der Luzinstraße 11 - 13, der Eisenacher Straße 35 sowie der Stollberger Straße 98 - 100. Die Aufnahme weiterer Flächen in den Antrag sollte durch den Stadtentwicklungsausschuss geprüft werden. Eine Wohnbebauung soll auf diesen Grundstücken ausgeschlossen werden. Stattdessen soll der Bezirk gegenüber dem Senat und der BIM Eigenbedarf an den Flächen anmelden und eine erneute Prüfung innerhalb des Bezirksamtes zur weiteren Verwendung für die soziale Infrastruktur durchführen. Gibt es keinen Bedarf z.B. für einen Kindergarten-Standort, soll der Bezirk das jeweilige Grundstück als geschützte Grünfläche ausweisen.

Im Zuge der sogenannten Clusterung hätte das Grünflächenamt bereits eine Ausweisung der betroffenen Flächen als geschützte Grünflächen vornehmen können. Damit wären die Grundstücke als grüne Innenhöfe längst gesichert. Dies wurde offenbar versäumt und muss jetzt nachgeholt werden. Wir erwarten daher gerade vom Grünflächenamt, dass, sofern keine anderweitige Nutzung durch einen Fachbereich des Bezirksamtes angemeldet wird, die notwendigen Schritte zur Übernahme der betroffenen Innenhöfe in das eigene Fachvermögen unternommen werden.

KRISTIAN RONNEBURG  
Bezirksvorsitzender der LINKEN  
BJOERN TIELEBEIN  
Vorsitzender der Linksfraktion  
in der BVV Marzahn-Hellersdorf

## Keine Heranführung von Kindern und Jugendlichen an Glücksspiele

Mobiles Internet und App-Stores mit ihrer Auswahl an unterschiedlichsten Spielen sind einerseits praktisch und erlauben Kreativität und Unterhaltung, bergen andererseits aber auch Risiken wie den Anreiz, Geld für das Spielerlebnis auszugeben - sogenannte Mikrotransaktion, die das Spielerlebnis verbessern, wenn man kleine Beträge bezahlt. Dazu kommen Algorithmen, die darauf angelegt sind, die Spieler\*innen



zum Geld ausgeben zu animieren. Diese Logiken können besonders von Kindern noch nicht durchschaut werden. Hier muss der Kinder- und Jugendschutz mit der Zeit gehen und handeln.

Deshalb haben wir in der Bezirksverordnetenversammlung im Oktober einen Antrag eingebracht, der sich dieser Thematik stellt. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Jugendamt einen Antrag zur Prüfung einer Indizierung von Apps mit sogenannten simulierten Glücksspielen bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien einbringt.

Nicht nur, dass diese Art der Spiele für Kinder und Jugendliche aus Sicht des Kinder- und Jugendschutzes sehr fragwürdig scheint, es könnte durchaus sein, dass mit diesen Apps Kinder an Glücksspiele herangeführt werden sollen, denn zu den Investoren der Entwickler\*innen dieser Apps zählen unter anderem Online-Casinos und Sportwettseiten.

Jugendliche und besonders Kinder lieben die kreativen und bunten Spiele, viele von ihnen sind ohne Altersbegrenzung freigegeben. Die freiwilligen Kontrollen der App-Stores funktionieren nur bedingt. Sicher ist es immer ein Abwägen und Ausprobieren zwischen Entwickler\*innen von Apps und Kontrollbehörden darüber, was erlaubt ist und was nicht. Die digitalen Strukturen beschleunigen diesen Wettlauf noch mehr.

Wir als Linksfraktion stellen uns den Herausforderungen des digitalen Zeitalters und sorgen dafür, dass unser Bezirk mit gutem Beispiel vorangeht.

JAN WIECHOWSKI  
Sprecher für Migration und Integration



"Das furchtbare Attentat in Halle ist kein Einzelfall. Leider gab und gibt es auch in unserem Bezirk rechtsextreme und rassistische Übergriffe. Doch wir können etwas tun: Wir können den Familien der Opfer unser Mitgefühl und unsere Solidarität zeigen. Wir können antisemitischen und rassistischen Gedankengut im privaten Umfeld und in der Öffentlichkeit entgegenreten und immer wieder klar machen, dass Hass keine Lösung ist."

**DIE LINKE.**  
in der BVV Marzahn-Hellersdorf



Klaus-Jürgen Dahler, Stellvertretender Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf

## Dr. Manuela Schmidt (MdA): Links wirkt!

Die letzten Wochen waren eine Geduldssprobe für die Mieterinnen und Mieter unserer Stadt und sie waren gleichzeitig eine Zerreißprobe für die Koalition. Es ging um nicht weniger als eines der wichtigsten Projekte der Koalition in dieser Wahlperiode.

Nun ist ein wichtiger Schritt getan, der Senat hat den Gesetzentwurf für den Mietendeckel beschlossen. Und dieser Entwurf enthält, worum wir am härtesten gestritten haben – den Dreiklang aus Mietestopp, Mietentabelle mit Obergrenzen bei Wiedervermietung und der Möglichkeit der Kappung von überhöhten Mieten.

Was heißt das nun konkret? Die Mieten für nicht preisgebundene Wohnungen sollen mit Stand des Stichtages vom 18. Juni 2019 für fünf Jahre weitgehend eingefroren werden. Ab 2022 darf die Miete um einen Inflationsausgleich von 1,3 Prozent pro Jahr erhöht werden, maximal jedoch bis der entsprechende Wert der Mietentabelle erreicht ist. Für die Mietobergrenzen wird eine Mietentabelle eingeführt, die die Mietobergrenzen bei Neu- und Wiedervermietung festlegt. Künftige Modernisierungen müssen von den Vermieter\*innen gemeldet werden. Kosten von Modernisierungen, die einen Euro pro Quadratmeter übersteigen, werden durch Förderprogramme kompensiert. Auch zu den sogenannten Wuchermieten enthält der Gesetzentwurf entsprechende Regelungen, ebenfalls zu Härtefällen, wenn Vermieter\*innen durch die neuen Regelungen dauerhaft in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Mehr erfahren alle Interessierten gern auf unserer Seite der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin.

Wie geht es nun weiter? In einem nächsten Schritt beschäftigt sich der Rat der Bezirksbürgermeister mit dem Gesetzentwurf. Die Empfehlungen gehen an den Senat, der sich dann erneut damit auseinandersetzt. Danach geht er in die parlamentarischen Gremien des Abgeordnetenhauses und muss auch hier beschlossen werden. Im ersten Quartal 2020 soll das Gesetz in Kraft treten.

Auch wenn ein erster wichtiger Schritt getan ist, die Beschlussfassung des Gesetzes steht noch aus. Und für diesen Prozess werden wir wie in den letzten Monaten auch viel Geduld, starke Nerven und großes Verhandlungsgeschick brauchen, damit wir am Ende eine gute Lösung für die Mieterinnen und Mieter unserer Stadt durchsetzen können.

Im Vergleich nahezu lautlos laufen dagegen die Haushaltsberatungen für die Jahre 2020 und 2021. Dabei geht es auch hier um viel, schließlich gilt es, die begonnenen Prozesse und Projekte zu verstetigen und umzusetzen. Die Stadt wächst weiter und es braucht hierzu die Plätze in Kitas und Schulen, es braucht auch die entsprechenden

Fachkräfte. Aber auch im Öffentlichen Dienst, bei der S- und U-Bahn, im Rad- und Straßenverkehr, bei den Schwimmbädern bleiben noch genug Hausaufgaben zu erledigen. Die Liste ließe sich noch fortsetzen. Und nicht zuletzt gilt es natürlich, mit diesem Haushalt auch die haushalterischen Voraussetzungen für die Umsetzung des Gesetzes zum Mietendeckel zu schaffen.

R2G hat sich für diese Wahlperiode viel vorgenommen und hatte mit dem ersten von ihr beschlossenen Doppelhaushalt gute Grundlagen gelegt. Nun kommt es darauf an, Ergebnisse zu liefern!

### Spendenauf Ruf 2019: Weihnachtsfeier für die Kinder in Geflüchteten- und Wohnungsloseneinrichtungen

Jedes Jahr veranstaltet DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf für geflüchtete und wohnungslose Kinder im Bezirk eine Weihnachtsfeier.

Seit mehr als 10 Jahren laden wir an einem Nachmittag im Dezember Kinder und ihre Familien in den festlich geschmückten Saal im Don-Bosco-Zentrum Marzahn, heißen sie bei Kakao und Kuchen willkommen und überreichen jedem Kind ein individuelles und liebevoll ausgesuchtes Geschenk. Wir wollen diese Tradition fortführen und bitten dafür wieder um Spenden. Diese werden bis Ende November im Linken Treff oder über folgendes Konto dankend entgegengenommen. Auch Unterstützung bei der Vorbereitung der Feier und der Zusammenstellung der Geschenke ist sehr willkommen. Wer helfen möchte, kann sich gern bei sarah.fingarow@gmx.de oder im Linken Treff melden. Je nach Möglichkeit und Erfolg der Spendensammlung unterstützen wir weitere Feiern und Projekte für geflüchtete und wohnungslose Familien im Bezirk.

**Kontoinhaber:** DIE LINKE Berlin

**IBAN:** DE 59 10070848 0525607803

**VWZ:** Spende Marzahn-Hellersdorf, Name, Vorname, Anschrift

Hinweis: Bitte nur einzelne Personen als Spender angeben, nicht paarweise, z. B. Spenden Max und Maxi Müller, sondern nur einen von beiden oder jede/r separat spenden!

## Ein Hund soll für Arme steuerfrei werden

Die Einsamkeit gerade in Großstädten nimmt seit Jahren zu. Der Psychiater an der Charité PD Dr. Mazda Adli sieht vor allem Menschen gefährdet, die aus welchen Gründen auch immer, ein größeres Risiko haben, sozial isoliert zu sein. Besonders betroffen sind ältere Menschen über 80, Alleinlebende in Großstädten oder in der Mobilität eingeschränkte Menschen. Einer von vielen traurigen Belegen dafür ist auch die in Berlin seit Jahren steigende Zahl der ordnungsbehördlichen Bestattungen. Die werden immer dann durchgeführt, wenn Menschen vereinsamt ohne Angehörige oder Freunde sterben.

Gegen Einsamkeit gibt es natürlich kein Patentre-

zept. Es ist aber unbestritten, dass ein Haustier dabei hilft nicht zu vereinsamen. Der Staat sorgt aber zurzeit dafür, dass gerade ärmere Menschen sich entweder gar kein Haustier leisten können oder sich deren Unterhalt vom Munde absparen müssen.

Im Regelsatz für Transferleistungen ist nicht ein Cent für die Haltung eines Haustieres vorgesehen. Damit noch nicht genug, kassiert der Staat mit der Hundesteuer auch noch ab. In

Berlin bezahlt man für einen Hund 120 Euro im Jahr und für jeden weiteren 180 Euro. Bei 105.050



Hunden (10.533 davon in Marzahn-Hellersdorf) summiert sich das zu Einnahmen von 11,7 Millionen Euro. Für viele ist das eine enorme Belastung oder sorgt dafür, dass man sich erst gar keinen Vierbeiner anschafft – obwohl z.B. im Tierheim viele auf ein neues Zuhause warten. Wir LINKE haben jetzt einen Gesetzentwurf erarbeitet, mit dem wir die Berliner Hundesteuer für einen Hund bei Transferleistungsempfängern abschaffen wollen. Darüber hinaus wollen wir die Hundesteuer nunmehr auch dauerhaft für Hunde abschaffen, die aus dem Tierheim geholt wurden. Gleichzeitig überlegen wir eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, um den Regelsatz der Transferleistungen dahingehend anzupassen, dass er zukünftig auch Kosten für ein Tier beinhaltet.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG, MdA

### Eckpfeiler

Niedergang  
Aufstieg  
Tragödie durch Sein

JANINA NIEMANN-RICH

## Zur Person: **Yvonne Rychlikowski**

Yvonne Rychlikowski ist in Marzahn aufgewachsen und heute als Lehrerin und Seminarleiterin tätig. Während ihres Studiums hatte sie die Gelegenheit, viele Länder zu bereisen, Sprachen zu lernen und so verschiedene Lebensweisen zu studieren. „Ich stehe für eine achtsame Beziehung und einen respektvollen Umgang miteinander, privat und beruflich.“, sagt sie. Yvonne hat zwei Kinder, eine Tochter, die gerade eingeschult wurde und einen dreijährigen Sohn. Im Interview erzählt die Marzahnerin, welche Themen ihr politisch besonders wichtig sind.

● **Du lebst und arbeitest in Marzahn. Was gefällt dir besonders gut an deinem Wohnort?**

**Y. R.:** Ich bin in Marzahn aufgewachsen und habe hier eine wunderschöne Kindheit verbracht. Ich erinnere mich an kleine Frösche, die in meinem Kindergarten im Frühling zu Hunderten umhergesprungen sind, an Laternenumzüge und das freie Spielen auf Feldern und im Wald. Marzahn bietet viele Grünflächen zur Erholung und ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz. Das mag ich.

● **Eine gute Schulbildung und frühkindliche Erziehung liegen dir sehr am Herzen.**

**Y. R.:** Ich leite eine Kindertanzgruppe, Sport und Bildung gehören für mich zusammen. Das lebenslange Lernen erfolgt mit allen Sinnen, und das versuche ich in meinen Projekten zu vermitteln. Außerdem besuche ich als Lesepatin eine erste Klasse in einer Schule.

● **Seit wann bist du bei der LINKE? Und warum ist DIE LINKE deine Partei?**

**Y. R.:** Ich bin aktiv seit einem Jahr dabei. Ein guter Freund ist seit Jahren politisch aktiv, ich habe ihn



Yvonne Rychlikowski auf einer Lesung über alternative Kommunen und Lebensweisen. Foto: privat

dabei sozusagen begleitet und im letzten Jahr habe ich gedacht, es ist Zeit, selbst auch aktiv zu werden. DIE LINKE war schon immer meine politische Heimat. Jedoch hat mir der Tierschutz als großes Thema gefehlt. Mit der Gründung der LAG Tierschutz

**Y. R.:** Ich wünsche mir eine gute, produktive, wertschätzende, kreative, spannende und erfolgreiche Zusammenarbeit.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE MAGDA ALBRECHT.

## **Rotes Sofa mit Katja Oskamp: „Marzahn mon amour“**

Eine Liebeserklärung an Marzahn, so oder so ähnlich könnte man Katja Oskamps Buch „Marzahn mon amour – Geschichten einer Fußpflegerin“ beschreiben. Die Schriftstellerin erzählt auf über 140 Seiten Geschichten von Menschen aus dem Bezirk, die sie während ihrer Tätigkeit als Fußpflegerin an der Marzahner Promenade kennengelernt hat. Ebenfalls in Marzahn kennengelernt haben sich Oskamp und Manuela Schmidt. Bei der Kochshow „DIE LINKE kocht's hoch“, die Manuela einmal jährlich auf der Marzahner Promenade veranstaltet, bot sie Oskamp einen Teller Chili con Carne an und bringt schließlich mehrere Portionen in die Fußpflege-Praxis.

Fußpflegerin ist Katja Oskamp nur nebenbei, wie sie im Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt den etwa 60 Gästen erzählt. 1970 in Leipzig geboren, wuchs Oskamp im Prenzlauer Berg auf, studierte Theaterwissenschaften und arbeitete als Dramaturgin am Volkstheater Rostock. Am Leipziger Literaturinstitut

studierte sie anschließend Literatur. Der Plattenbau, den sie mit ihren Eltern bewohnte, empfand sie zunehmend als spießig. Und so zog es sie kurz vor der Wende in die kaputten Altbauten und die



Unterhielten ihr Publikum prächtig: Dr. Manuela Schmidt (links im Bild) als Gastgeberin und Katja Oskamp. Foto: Th. Braune

Künstlerszene Ostberlins. Nachdem sie in den 2000er Jahren Kurzgeschich-

ten und Erzählungen veröffentlichte, beginnt Oskamp nach einer Phase der Orientierungslosigkeit und Arbeitslosigkeit mit Mitte 40 neu und wird Fußpflegerin. Ein sicheres Einkommen und geregelte Arbeitszeiten geben dem Leben Struktur, wie sie positiv anmerkt. Es ist die Fußpflege, die sie nach Marzahn führte. Und nach wie vor fährt Oskamp vom Friedrichshain zweimal wöchentlich mit der M6 in den Bezirk und sitzt den ganzen Tag im Laden: „Marzahn kommt zu mir“, sagt sie.

Die Geschichten ihrer sehr unterschiedlichen Kundinnen und Kunden schreibt sie auf. Es sind oft Geschichten des Scheiterns, von Brüchen in der eigenen Biografie, aber auch Geschichten zum Schmunzeln. Dass die vom Schicksal Getroffenen dabei auch noch lachen können, bewundert Oskamp. Diese Bewunderung für die jeweilige Lebensleistung spiegelt sich in den Geschichten Oskamps wider, die voller Menschlichkeit und Witz erzählt werden und nicht mitleidig auf die sogenannten Abgehängten blicken.

Von der Poesie zur Fußpflege und von der Fußpflege zur Poesie. Was sie als nächstes schreibt, weiß Katja Oskamp noch nicht. Zum Schreiben fehlt ihr aktuell die Zeit. Als Fußpflegerin will sie aber unbedingt weitermachen, und das nicht unbedingt des Geldes wegen.

THOMAS BRAUNE

**Sozialberatung im Kiezbüro von Kristian Ronneburg**

» **21.11., 15 Uhr:** Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Die Idee ist es, Menschen mit sozialen Problemen mit einer Erstberatung zur Seite zu stehen. Dafür wird ein Anwalt vor Ort sein. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf sowie eine private Atmosphäre zu ermöglichen, wird um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe [www.kristian-ronneburg.de](http://www.kristian-ronneburg.de)), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen:

stein@wk.linksfraktion-berlin.de

volkert@wk.linksfraktion-berlin.de erfolgen.

Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

**Ausstellung „Stolpersteine“**

» **6.11., 18 Uhr,** Kiezbüro Kristian Ronneburg (MdA), Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, Vernissage. Die Ausstellung kann bis Ende Dezember zu den Öffnungszeiten besichtigt werden (siehe rechte Spalte). Stolpersteine werden für Juden, Sinti und Roma, Menschen aus dem politischen oder religiös motivierten Widerstand, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Opfer der „Euthanasie“-Morde und für Menschen, die als vermeintlich „Asoziale“ verfolgt wurden, verlegt.

**Gedenken an die Novemberpogrome**

» **8.11., 16 Uhr,** Treff am S-Bahnhof Kaulsdorf, Erinnerungsgang. Wir wollen an in Kaulsdorf verlegten Stolpersteinen an das Schicksal der Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert oder vertrieben wurden, erinnern.

**Linckes Luna ist nicht totzukriegen!**

» **9.11. und 30.11** jeweils **15 Uhr,** Freizeitforum Marzahn, Arndt-Bause-Saal, Marzahner Promenade 55, 12679 Berlin, eine Berliner Kabarette in zwei Akten von Dr. Wolfgang Helfritsch und Maria Mallé, Musik Paul Lincke, FFM Kasse 030 5427091, veranstaltet von der ihren 20. Geburtstag feiernden Musikalischen Komödie Berlin - zu Hause in Berlin-Marzahn. Am 30.11. mit **Stargast Walter Plathe!**

**Rotes Sofa**

» **19.11., 18 Uhr,** Rotes Sofa: Thema wird noch bekanntgegeben, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin“

**Weihnachtssingen**

» **3.12., 18 Uhr,** Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin“, mit Wolfgang Reuter am Piano

**Bezirksvorstand**

» Der Bezirksvorstand wird am 3.11. neu gewählt und wird danach seinen Sitzungsrhythmus beschließen. Termine dann wieder hier an gewohnter Stelle ab Dezember 2019.

**Basis-Koordinierungsberatungen**

» **7.11., 5.12.** jeweils **18.30 Uhr,** BO WK 1, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin

» **12.11., 10.12.** jeweils **19 Uhr,** BO WK 3 + 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» **12.11., 10.12.** jeweils **19.30 Uhr,** BO WK 2, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **4.12., 18 Uhr,** BO WK 4, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

**Treffen im Wahlkreis 4**

» **6.11., 18 Uhr,** Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, Treffen aller im WK 4 wohnenden Mitglieder der LINKEN Marzahn-Hellersdorf

**Sprechstunde Petra Pau (MdB)**

» **20.11., 10-12 Uhr,** Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, **15-17 Uhr,** STZ Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

**Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdA)**

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin Telefon: 030 54980323

**Sprechstunden Regina Kittler (MdA)**

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Telefon: 030 54980322

**Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdA)**

» Terminvereinbarung im Abgeordnetenbüro, Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr), Telefon: 030 47057520

**Abgeordnetenbüros**

» **Dr. Manuela Schmidt (MdA),** Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler (MdA),** Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg (MdA),** Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

**BVV-Fraktion**

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE,** Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15 - 19 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: [fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Hinten links:**

**Erinnerungen vor der Wende**

...lassen bei den älteren Erwachsenen auch Erinnerungen an die DDR wach bleiben und das unrealistische Gefühl vertaner Chancen. Trotz Wegfall des Warschauer Vertrages stehen sich noch immer dieselben Atomkräfte gegenüber. In Reichweite der NATO-Waffen liegt Iran - die EU in deren Reichweite. Völkerrechtswidrig ist Erdogans türkische Armee gemeinsam mit der Freien Syrischen Armee der Assad-Gegner in Syrien einmarschiert - in kurdisches Gebiet. Die Syrische Armee Assads rückte den Kurden zu Hilfe. Trump hat die US-Truppen zuvor evakuiert und spricht nun - wie auch Putin - mit Erdogan. Die EU reagiert gedämpft, die NATO etwas unschlüssig.

**Frage**

Welche Mächte und Kräfte werden den Weltfrieden er- und die begonnene Völkerwanderung aufhalten?

R. RÜDIGER

**Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin,** Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

<b>Offen:</b>	<b>Montag</b>	<b>13 - 17 Uhr</b>		<b>Schließstage:</b>
	<b>Dienstag:</b>	<b>10 - 17 Uhr</b>		<b>8.11./15.11./22.11./</b>
	<b>Donnerstag:</b>	<b>13 - 18 Uhr</b>		<b>29.11./6.12.</b>
	<b>(Freitag</b>	<b>10 - 13 Uhr)</b>		

**Impressum Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

**Layout:** Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 03.11.2019. Auslieferung ab 05.11.2019

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint **am 03.12.2019 (Anlieferung aus Druckerei).**